Aarau, 09.07.2021

FDP Aarau setzt sich ein für die Demokratie

Schuldenbremse – ein Reglement entspricht nicht dem Volkswillen

Die FDP Aarau wehrt sich gegen die Missachtung des Volkswillens und zieht den Entscheid hinsichtlich Schuldenbremse weiter.

Der Entscheid des kantonalen Departements für Inneres vom 17. Juni 2021 hinsichtlich Beschluss des Einwohnerrats vom 25. März 2019 irritiert in mehrfacher Hinsicht. Einerseits kritisieren wir die Rechtsverzögerung. Über zwei Jahre brauchte das Departement nun für diesen Entscheid und gewährt den Einsprechenden gerade mal fünf Tage übers Wochenende für einen allfälligen Weiterzug ans Verwaltungsgericht. Andererseits kritisieren wir, dass die Umsetzung der Schuldenbremse auf Stufe Reglement (anstelle eines zwingend notwendigen Zusatzes in der Gemeindeordnung) nicht dem Volkswillen entspricht, der mit rund 1400 Unterschriften für die entsprechende Initiative im Jahr 2016 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wurde.

Weshalb braucht es zwingend eine Ergänzung in der Gemeindeordnung?

In der Volksinitiative wurde explizit vorgegeben, dass zur Sicherung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts in der Gemeindeordnung der Stadt Aarau entsprechende Regeln (Ausgaben- und Schuldenbremse) aufzunehmen seien. Dabei müsse insbesondere auch ein Sanktionierungsmechanismus definiert werden für den Fall, dass die angestrebte Selbstfinanzierung nicht erreicht wird. Das wurde bislang nicht erfüllt, was auch der Stadtrat im Abstimmungsbüchlein vom Mai 2019 entsprechend erwähnt hatte – oder anders gesagt wurden damit die Ziele der Initiative nicht umgesetzt.

Eine Verankerung der Eckwerte der Schuldenbremse auf Ebene der Gemeindeordnung ist notwendig, damit das Volk an der Urne über die Einführung entscheiden kann. Ebenso wird das Volk über Änderungen an der Urne entscheiden müssen.

Eine Stufe tiefer angesiedelt hingegen, in einem kommunalen Reglement, wäre die Schuldenbremse je nach politischen Mehrheitsverhältnissen durch den Einwohnerrat einfacher und jedes Jahr erneut zu verändern, einzuschränken oder gar faktisch wieder

abzuschaffen – was in Aarau mit einer linken Ratsmehrheit als sehr wahrscheinlich anzunehmen ist. Eine Reglementsanpassung durch den Einwohnerrat unterstünde nur dem fakultativen Referendum, was heisst, dass die Verfechter einer Schuldenbremse erneut und möglicherweise jedes Jahr wieder rund 1'400 Unterschriften sammeln müssten.

Ohne differenzierte Festsetzung in der Gemeindeordnung ist die Schuldenbremse somit der politischen Beliebigkeit ausgesetzt, ohne dass das Volk zwingend mitentscheiden kann.

Die Schuldenbremse hat sich bewährt. Sie hat unter anderem dafür gesorgt, dass wir in der Schweiz und im Aargau in der aktuellen Corona-Krise besser aufgestellt sind als andere. Eine Schuldenbremse ist in guten Zeiten einzuführen, um schlechten Zeiten vorzubeugen. Sie soll den Finanzhaushalt vor strukturellen Ungleichgewichten bewahren und damit verhindern, dass Schulden anfallen bzw. die Schulden kontinuierlich ansteigen. Es handelt sich um einen institutionellen Mechanismus zur Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates und zur Haushaltsteuerung durch Begrenzung der Verschuldung.

Weshalb neue Regeln für Aarau?

Mit einer wirksamen Schuldenbremse sichern wir den Handlungsspielraum der nächsten Generationen - hier gilt die Nachhaltigkeit genauso wie etwa bei der Ökologie oder in anderen Bereichen.

Eine Schuldenbremse ist bewusst so konstruiert, dass sie nur greift, wenn es wirklich schwierig wird. Sie schnürt also die Entwicklung nicht ab.

Verzögert sich die Einführung?

Durch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde wird die Schuldenbremse nicht verzögert, Der Stadtrat und der Einwohnerrat können seit Einreichung der Volksinitiative eine Vorlage beschliessen, die die Gemeindeordnung in Übereinstimmung mit der Volksinitiative ändert und danach ein Reglement beschliessen, das diese geänderte Gemeindeordnung ausführt. Sie sind dazu seit rund fünf Jahren verpflichtet. Es verletzt die Volksrechte, dass die Aarauer Behörden dies nicht schon längst getan haben.

Kontakt:

Martina Suter, Co-Präsidentin, m.m.suter@bluewin.ch, 079 377 81 12